



IEDF

**INTERESSENGEMEINSCHAFT
EHMALIGER DDR-FLÜCHTLINGE e.V.**

IG ehem. DDR-Flüchtlinge, Postfach 25 01 40, 68084 Mannheim

Herrn

Peter Weiß MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Postfach 25 01 40 · 68084 Mannheim
vorstand@iedf.de · www.iedf.de
www.flucht-und-ausreise.info

Amtsgericht Mannheim · VR 700231
Der Verein besitzt den Status der Gemeinnützigkeit.

Bank: IG ehem. DDR-Flüchtlinge
Deutsche Bank Mannheim
BLZ 670 700 24 · Konto 043 77 49

Mannheim, den 13.04.2011

Nachrichten aus der Arbeitsgruppe Soziales der Union

Sehr geehrter Herr Weiß,

Sie hören es nicht gern: Wir fordern ein persönliches Gespräch mit zuständigen Abgeordneten der Unionsfraktion. Keiner Ihrer Fraktionskollegen bekennt sich klar als zuständig. Keiner möchte sich auf einen Dialog einlassen und schweigt lieber.

Mit Befremden nehmen wir zur Kenntnis, dass die Zuständigkeit offenbar noch nicht klar geregelt ist. Immer wieder werden auch die Namen von Herrn Heinrich und Herrn Vaatz genannt, die für Fragen der Rentenüberleitung in die neuen Bundesländer zuständig sind. Sie selbst, sehr geehrter Herr Weiß, hatten in Ihrem Brief vom 18.03.2011 betont, dass die Fallgruppe der DDR-Flüchtlinge nicht in das Projekt „Rentenangleichung Ost“ hineingehört.

In der Anlage schicke ich Ihnen 2 Schreiben, die Mitglieder der IEDF im Ergebnis der Ansprache ihrer Wahlkreisabgeordneten erhalten haben. Die (gleichlautenden) Texte stammen offensichtlich aus der Arbeitsgruppe Soziales, und wir müssen davon ausgehen, dass sie die Grundsubstanz der Auffassungen innerhalb Ihrer Fraktion widerspiegeln. Im Grunde genommen ist jedem einzelnen der verwendeten Textbausteine zu widersprechen. Die farbigen Unterlegungen markieren die Stellen, wo das am dringendsten notwendig ist.

Die ausweichenden, beschwichtigenden, sachfremden Phrasen sind nichts anderes als beleidigend für jeden DDR-Flüchtling, der unter Inkaufnahme von Gefahren und Verlusten Mauer und Stacheldraht überwunden und in dem Rechtsstaat der alten Bundesrepublik Deutschland seine Eingliederung erfahren hat.

Das von uns beantragte Gespräch ist dringend notwendig. Angesichts der Tatsache, dass Lobbygruppen aus den neuen Bundesländern durchaus Gelegenheit bekommen, ihre Argumente vorzutragen, ist es nicht zu akzeptieren, dass uns als

